

1963
TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/36

Bonn, den 20. Februar 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 1a

Der Schock des 17. Februars

85

Wohin steuert die OEU ?

2 - 3

Verlegenes Stammeln

72

Zwei Zungen der SED

Von Eberhard Zachmann, Berlin

4

Düsterer Ausblick

48

Der Lehrermangel auf der Kultusministerkonferenz

5 - 6

Frankreichs "Neue Linke" ohne Einfluss

102

Ein missglücktes Experiment

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Chefredakteur Günter Markscheffel

Der Schock des 17. Februar

Wohin steuert die CDU ?

Der - Der Schock sitzt tief, Das Selbstbewußtsein der CDU ist angeschlagen. Seit dem 15. September 1961 eilt die einst so siegesgewohnte CDU von Niederlage zu Niederlage. In Berlin erlebte sie am 17. Februar 1963 ihren bisher größten Rückschlag. Der Verlust von über zehn Prozent der auf sie vor fünf Jahren in Berlin entfallenden Stimmen kommt einem Erdbeben gleich. Daran ist nichts zu deuteln. Diese Bilanz läßt sich nicht verfälschen. Sie offenbart den Schwächezustand einer Partei, die hinter sich eine glänzende Vergangenheit, vor sich aber eine düstere Zukunft hat.

Wo liegt die unbestreitbare, bei jedem Wahlgang sichtbar werdende Schwäche dieser Partei? Ist es das Alter ihres Gründers und bisher einzigen Bundeskanzlers der Bundesrepublik, Konrad Adenauer? Ist es sein verblässerender Glanz, der die im Parlament noch stärkste Regierungspartei in lähmende Unsicherheit und Verwirrung stürzt? Welchen ein Zustand! Konrad Adenauer läßt seine engsten Freunde - sofern er solche nach dem Tode von Pferdenges überhaupt noch besitzt - durch alle Auslegungskünste einladende Äußerungen über seinen Rücktritt von der Kanzlerschaft im Unklaren und stürzt sie in Verzweiflung. Seine getreuesten Knappen, wie etwa der Vorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion, Herr von Brentano, beclien sich, der deutschen Öffentlichkeit zu versichern, es werde im Herbst doch zum Kanzlerrücktritt kommen. Aber der Mann, der sich dafür in einem für ihn nicht günstig auswirkenden Interview für die Übernahme anbot, Vizekanzler Erhard, blieb ohne zustimmendes Echo in seiner Partei. Er erwarb sich dadurch mehr Feinde und entmutigte seine Freunde. Die Isolierung Erhards innerhalb des Regierungslagers gibt Raum für weitreichende Spekulationen, aber auch für ein hinter den Kulissen sich abspielendes Intrigenspiel, in dem die verschiedensten Fäden durcheinander laufen. In der CDU/CSU weiß heute keiner, wo der andere steht. Die einzige Verbindungslinie heißt Mißtrauen. Darauf läßt sich keine Zukunft und keine Politik aufbauen.

Das Dilemma der CDU besteht in ihrem Unvermögen, sich von dem bedrückenden Schatten des Mannes aus Rhöndorf zu lösen. Sie muß dabei

dem Mann wehtun, ihn im Innersten verletzen. Nur ihm allein hat sie ihren Aufstieg, ihre Größe und ihre Bedeutung als weichenstellende politische Kraft in der Bundesrepublik zu verdanken. Doch sie ist nicht frei in ihrer Entscheidung, sie kann nicht konsequent handeln. Die CDU muß auf Imponderabilien Rücksicht nehmen. Ihre klügsten Köpfe wissen darüber nur zu gut Bescheid, Sie hüten sich, das zu sagen und zu tun, was sie für angemessen, notwendig und wichtig halten - ihre Taktik spielt im Verborgenen. Sie warten auf ihre Stunde - aber wird sie kommen ?

Der Bundeskanzler hat den Jahren nach dem Zusammenbruch seiner Stempel aufgedrückt, er schwamm, hier, ein nicht zu überbietendes taktisches Geschick beweisend, mit der Zeit. Nun schwimmt die Zeit gegen ihn, er hat kein rechtes Verhältnis mehr zu ihr.

Diese Unsicherheit, dieses Unvermögen, mit brennenden Fragen fertig zu werden, spürt unser Volk. Die berühmten Adenauerschen Simplifikationen haben keine Wirkung mehr, sie erfassen nicht die deutsche Wirklichkeit im sechsten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts. Unser Volk sucht nach Antworten und findet sie nicht bei jenen, die glauben, sie wären für immer zur Führung der Nation berufen. Dieser Glaube war ohnein Selbstmaßung. Er wiegte die CDU-Führung in eine Sicherheit, die heute brüchig erscheint. Die Krise der CDU geht von unten nach oben und von oben nach unten, erschüttert das ganze Gefüge. Dazu kommt der Ausgang der Berliner Wahlen. Er bringt die Führungsspitze dieser Partei durcheinander.

Einige versuchen nun ihr Heil in einer verstärkten Frontstellung gegen die Sozialdemokratie in der trügerischen Hoffnung, wiederzugewinnen, was sie im Volk an Vertrauen und Überzeugungskraft verloren haben. Sie kämpfen gegen die Zeit, die nicht mehr ihr Verbündeter ist.

Verlegenes Stammeln

Von Eberhard Zachmann, Berlin

Die Reaktion der SED auf das Wahlergebnis in Westberlin mit der vernichtenden Niederlage der SED Berlin-West hat zwei Seiten. Man könnte auch sagen, die über ihre Niederlage schwer enttäuschte SED spricht mit zwei Zungen, je nachdem, ob sie sich an die eigene Bevölkerung in der Zone oder an die Bevölkerung Westberlins wendet.

Das SED-Zentralorgan "Neues Deutschland", das den Versuch unternimmt, auch noch aus dieser Niederlage gegenüber der Zonenbevölkerung propagandistisches Kapital zu schlagen, versucht, seinen Lesern einzureden, die Verluste der CDU, die etwa 160 000 Stimmen betragen, seien als ein Beweis für "beachtenswerte Veränderungen im Denken der Westberliner Bevölkerung" zu werten, die unter dem Einfluss der "Verständigungspolitik" stehe, wie sie von der Ostberliner und der Moskauer Regierung in der Berlin-Frage betrieben werde. Dieses Umdenken der Westberliner habe sich freilich "nur sehr inkonsequent" durchgesetzt, da die Bevölkerung, im Widerspruch zu ihren eigenen Ansichten, ihre Stimme der SPD gegeben habe. Sie sei auf die "Wahldemagogie" Willy Brandts hereingefallen, der im Wahlkampf eine "Verhandlungsbereitschaft" vorgetäuscht habe.

Ohne Zweifel will das SED-Zentralorgan mit solchen Argumenten gegenüber dem eigenen Anhängern, also gewissermaßen zum Hausgebrauch, seine alte Behauptung stützen, auch in Westberlin gewinne die "Friedenspolitik" der SED immer mehr Boden.

Ganz anders hören sich freilich die Argumente der SED Berlin-West an, wenn sie zu ihrer eigenen Niederlage Stellung nimmt. Der Vorstand der SED Berlin-West betonte in einer Erklärung, die "bedauerliche Fehlentscheidung der Wähler, die eine Entscheidung gegen ihre eigenen Interessen getroffen haben", sei darauf zurückzuführen, "daß selbst große Teile der Arbeiterschaft auf den Revanchismus, Chauvinismus und Antikommunismus hereingefallen sind."

Das erfreulicherweise offene Eingeständnis der Westberliner SED-isten, der Wahlerfolg der SPD sei als eine Antwort der Westberliner auf die kommunistische Bedrohung aus dem Osten zu verstehen, kommt der Wirklichkeit sehr nahe, wobei die Verluste der CDU mit der zunehmenden

Überzeugung der Westberliner Bevölkerung zu erklären sind, daß die Adenauer-Partei mit ihrer Konzeption einer sturen, unbeweglichen Politik der Situation Berlins nicht mehr gerecht wird.

Was das künftige Verhalten der SED in Westberlin betrifft, so ist vielleicht eine Stellungnahme des FDGB-Organs "Tribüne" aufschlußreich. In dieser Zeitung heißt es - in Weiterspinnung der Argumente des SED-Zentralorgans - diejenigen Westberliner, die "in der Hoffnung auf eine Politik der Vernunft ihre Stimme der SPD gegeben haben und heute noch Illusionen nachhängen, werden bitter enttäuscht werden, wenn sie jetzt nicht selbst eine Verständigung sowie Verhandlungen durchsetzen, wenn sie nicht das Eingehen auf das Angebot Ulbrichts für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Westberlin und der DDR erzwingen." Es besteht kein Zweifel, daß hier Ostberliner Pläne ihren Ausdruck finden, die SED-Politik künftig auf die Straßen und in die Betriebe Westberlins zu tragen.

In der Parteizentrale der SED Berlin-West ist man vorläufig freilich für solche Kraftanstrengungen nicht gewappnet. In den ersten beiden Tagen nach der vernichtenden Wahlniederlage der SED stritt man sich darüber, ob nicht die Westberliner Partei durch eine umfassende "Selbstkritik" den eigenen Mitgliedern das Rückgrat steifen sollte. Der Vorschlag der "Selbstkritik" wurde schnell ad acta gelegt. Man sei nicht im "Arbeiter- und Bauernstaat", in Westberlin müßte die "Selbstkritik" zu einem lächerlichen Unternehmen werden.

Man ist sich in der Leitung der SED Berlin-West völlig im klaren darüber, daß der Rückgang der SED-Stimmen von 1,9 Prozent im Jahre 1958 auf 1,3 Prozent praktisch nichts anderes bedeutet, als daß die SED außerhalb der Parteimitgliedschaft jede Anhängerschaft verloren hat. Wenn bei rund 7 000 eingeschriebenen SED-Mitgliedern in Westberlin bei der Wahl nur etwa 20 000 Stimmen auf die Partei entfielen, können praktisch nur die Mitglieder und ihre Familienangehörigen für die SED votiert haben. Daß die geringere Wahlbeteiligung gegenüber 1958 das SED-Resultat noch weiter verschlechtert, ist ein Eingeständnis, über das man öffentlich nicht spricht. Vor allem aber ist die Erkenntnis, daß die SED in erster Linie ihre Anhänger unter der Arbeiterschaft restlos verloren hat, darauf zurückzuführen, daß diesmal im Gegensatz zu 1958, als die SED noch in den fünf stärksten Arbeiterbezirken Westberlins Prozentwahlen zwischen zwei und drei Prozent registrieren konnte, die SED-Stimmen in keinem einzigen Falle mehr als 1,9 Prozent betragen.

Düsterer Ausblick

W. Sch. - Die Klage ist nicht neu und in allen Bundesländern gleich-
vernehmbar: es fehlt an allen Schulen an Lehrern! Die Ausfälle, besonders
in diesem Winter durch Grippe etc., sind oft so beängstigend groß gewesen,
daß mit Notlösungen, wie sie beispielsweise die Wiederbeschäftigung ver-
heirateter Lehrerinnen und pensionierter Lehrer darstellt, auf lange
Sicht keine wirksame Abhilfe geschaffen werden kann. Dazu gehört auch die
Kurzausbildung von aushilfsweise tätigen Lehrkräften "zur Behebung aku-
ter Notstände". Das alles ist für eine gewisse Übergangszeit durchaus ver-
tretbar und notwendig - auf die Dauer aber kommen wir damit nicht weiter.

Das Ergebnis eines umfangreichen und sehr detaillierten Berichtes,
den eine vom Niedersächsischen Kultusminister Richard Voigt geleitete Son-
derkommission der ständigen Kultusministerkonferenz der Länder erstatte-
te, wirkt geradezu alarmierend. Wie Minister Voigt und Bremens Kul-
tursenator Dehnkamp nachwiesen, sind zur Zeit rund 10.000 Leh-
rerstellen unbesetzt. In sieben Jahren, das heißt bis 1970, wird sich
die Zahl der Volksschüler um eine volle Million vermehrt haben. Bis zu
diesem Termin scheiden ungefähr 170.000 Lehrkräfte aus Altersgründen aus,
das heißt etwa 40 Prozent der z.Z. an Volks-, Mittel- und Sonderschulen
tätigen Lehrer und Lehrerinnen. Demgegenüber treten, soweit sich dies
vorausberechnen läßt, nur 20.000 junge Lehrkräfte neu in den Schuldienst.
Das Missverhältnis ist also evident und nur durch alsbald in Angriff zu
nehmende Reformen und Maßnahmen einigermaßen auszugleichen.

Daß in Niedersachsen die Verhältnisse weniger bedrohlich sind, än-
dert nichts an der in anderen Ländern (z.B. in Nordrhein-Westfalen) umso
prekäreren Situation. Welche Rezepte offerieren nun die verantwortlichen
Kultusminister, um eine entscheidende Besserung in absehbarer Zeit her-
beizuführen? Voran natürlich eine Besserung der Arbeitsbedingungen, um
für den Lehrerberuf noch wirksamer werben, ihn im ganzen attraktiver
machen zu können. Weiter ist eine "Aufwertung" unserer Volks- bzw. Bür-
gerschulen nötig durch den Ausbau der Volksschul-Oberstufe. Unerlässlich
ist ferner die Sicherung der Hochschulbildung der am Lehrerberuf interes-
sierten und eine entsprechende Erweiterung und Modernisierung unserer
Pädagogischen Hochschulen. Hand in Hand damit müßte die Zahl der Abitu-
rierten, auch über den zweiten Bildungsweg, gesteigert werden. Bestehen
jetzt an den Pädagogischen Hochschulen 36.000 Studienplätze, so müßte mit
allen Mitteln erstrebt werden, daß bis 1970 eine Steigerung um wenigstens
10.000 erfolgt. Durch die Erweiterung der Semesterzahl, die vermehrte
Forschungsarbeit in der Pädagogik sowie die Gleichstellung der Professo-
ren mit denen der anderen Hochschulen, ist Niedersachsen in einer rela-
tiv günstigen Lage - aber das trifft, wie gesagt, nicht auf alle Bundes-
länder zu. Man erwägt auch u.a. eine bessere Ausbildung der jungen Lehrer
in technisch-künstlerischen Fächern.

Zieht man aus allem das Resumée, so ergibt sich die unbestreitbare
Tatsache, daß der Lehrerberuf heute ein ausgesprochener Mangelberuf ist
und daß es sich gewiss für viele begabte junge Menschen, die ihr Abitur be-
standen und pädagogische Neigungen haben, sehr wohl lohnen würde, sich
auf den Pädagogischen Hochschulen oder auf den Universitäten darauf vor-
zubereiten.

+ + +

Frankreichs "Neue Linke" ohne Einfluss

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Frankreichs "Neue Linke", die mit Männern wie Mendès-France, André Philip, Daniel Mayer, Claude Bourdet und Edouard Depreux eine Zeitlang großes Aufsehen erregte, befindet sich seit der Beendigung des Algerienkrieges und der relativen Stabilisierung des gaullistischen Regimes in einer ernsten Krise. Der Zweite Parteitag der PSU (Parti Socialiste Unifié) stand im Zeichen dieser Krise.

Die PSU wurde vor zwei Jahren gegründet. In ihr vereinigten sich eine Abspaltung der Sozialistischen Partei Frankreichs (SFIO), eine Abspaltung der Radikalen, eine bereits vorher entstandene "Linksozialistische Union" (Union de la Gauche Socialiste UGS) und eine Gruppe der kommunistischen Opposition ("Tribune Communiste").

Die Abspaltung der SFIO existierte eine Zeitlang als "Parti Socialiste Autonome" (PSA) mit dem früheren Innenminister Edouard Depreux, dem Präsidenten der Liga für Menschenrechte Daniel Mayer, dem früheren Arbeitsminister André Philip, dem früheren Chefredakteur des Zentralorgans "Le Populaire" Robert Verdier und anderen. Alle diese Persönlichkeiten befinden sich heute noch in der PSU, außer André Philip, der die neue Partei wegen außenpolitischer Differenzen in der Europafrage verlassen hat.

Die radikale Gruppe stand unter der Führung von Mendès-France, der aber in der neuen Partei niemals wirklich in Erscheinung trat. Die Tatsache, daß diese markanteste Persönlichkeit dieser "Neuen Linken" in der PSU niemals zum Zuge kam, war von Anfang an kein gutes Zeichen für die weitere Entwicklung.

Die UGS war selbst aus einem Zusammenschluß zwischen "marxistischen" Linksradikalen und Linkskatholiken des "Mouvement de Libération du Peuple" (MLP) entstanden und hatte stark antikolonialistischen Charakter. Ihre beiden hervorragenden Chefs waren Claude Bourdet (linkskatholischen Ursprungs) und Gilles Martinet (ehemaliger Kommunist), die beiden Chefredakteure der bekannten Pariser Wochenzeitung "France-Observateur", die jetzt durch ihren öffentlichen persönlichen und politischen Streit der Krise einen besonders dramatischen Ausdruck verleihen.

Die "Tribune Communiste" schließlich hatte sich von der KPF schon seit der ungarischen Revolution gelöst und suchte eine demokratische Erneuerung ihres ursprünglichen Ideals.

Frankreichs besondere Lage

Auf den ersten Blick schien es fast unmöglich, eine so verschiedenartige und bunt zusammengewürfelte Gesellschaft in einer Partei zu vereinigen. Die besondere Lage Frankreichs begünstigte aber die Schaffung einer solchen Partei; der Algerienkrieg stand in seinem sechsten Jahr, ein Ende war nicht abzusehen, das gaullistische Regime verstärkte seinen autoritären Kurs und die Fünfte Republik war ständig rechtsradikalen Umsturzversuchen ausgesetzt.

Unter diesen Umständen war es unvermeidlich, daß in der einen und in der anderen Partei Oppositionsströmungen für die Beendigung des Algerienkrieges und für die aktive Abwehr der faschistischen Gefahr entstanden und wuchsen.

Die Situation hat sich seither grundlegend geändert. Der Algerienkrieg wurde beendet und zwar nicht durch die französische Linke, sondern durch de Gaulle. Die Spekulationen der Links- und Mittelparteien, de

P/XVIII/36

Gaulle werde mit Beendigung des Algerienkrieges abdanken oder abgedankt werden, haben sich nicht erfüllt. Im Gegenteil, de Gaulle hat sein Regime gefestigt und festigt es weiter, sowohl durch Niederschlagung des Rechts-Extremismus, als auch durch Zurückdrängung der traditionellen Links- und Mittelparteien.

Der Algerienkrieg war für ihn nur Sprungbrett zur Machtergreifung, die Beendigung des Krieges Ausgangspunkt zu einer fortschreitenden Staatsreform und zu einer schrittweisen Umwälzung der gesamten Innen- und Außenpolitik.

Der Volksentscheid und die anschließenden Wahlen im Herbst 1962 haben das gaullistische Regime auf längere Zeit gefestigt, trotz aller Anklagen, die den französischen Präsidenten-General von links und rechts des "Verfassungsbruchs" bezichtigten. Die politischen Parteien verschiedener Richtungen werden so vom gaullistischen Regime in eine Art "Einheitsfront" hineingezwungen. Die Opposition verschärft ihre Sprache und ihre Haltung.

Die PSU verliert somit viel an Originalität. Sie befand sich in der Frage des Algerienkrieges, in der Aktion zugunsten der FLN und im aktiven Kampf gegen die OAS und gegen den Gaullismus in den letzten Jahren tatsächlich weit "links" von den anderen Parteien und auch von der Führung der KPF. Nun sieht sie sich zumindest seit dem Herbst 1962 "übrerrundet" und somit in ihrer Daseinsberechtigung bedroht: Wozu eine weitere und kleinere Linkspartei, wenn die großen Parteien seit Beendigung des Algerienkrieges und seit dem Auftrieb des Gaullismus ohnehin radikalisiert sind und andererseits einander näherrücken, nicht nur in einer praktischen Einheitsfront, sondern in der Perspektive einer historischen Wiedervereinigung? Diese Frage stellen sich heute die Mitglieder und Funktionäre der PSU und in diesem Zeichen verlief der Parteitag im Pariser Vorort Alfortville.

Sechs Tendenzen

Überraschenderweise haben sich seit Beendigung des Algerienkrieges in der PSU gleich sechs verschiedene Fraktionen entwickelt, die mehr oder weniger verschiedene Strömungen in der französischen Arbeiterbewegung widerspiegeln.

Der Fraktionskampf innerhalb der PSU hat eine schwere Krise im "France-Observateur" zur Folge, der einflussreichen linksradikalen Pariser Wochenzeitung. Die beiden Direktoren der Zeitschrift, Bourdet und Martinet, gehören den beiden revalisierenden Tendenzen an und sind außerdem durch eine stark persönlich gefärbte Polemik entzweit. Der Streit ist so weit gediehen, daß Claude Bourdet, ursprünglich der eigentliche Direktor und Chefredakteur, seine Mitarbeit bei seiner eigenen Zeitung eingestellt hat.

Perspektiven

Die Lang- oder Kurzfristigkeit des Gaullismus spielt eine wesentliche Rolle in den Differenzen. Martinet und seine Freunde glauben an die Langlebigkeit des gaullistischen Regimes, sie stellen sich nicht auf einen baldigen Umsturz ein und wollen sich Zeit nehmen, eine neue und selbständige Partei zu bauen. - Die anderen Tendenzen hingegen, insbesondere Bourdet und seine Freunde, aber auch Mendès-France, sind überzeugt, daß das gegenwärtige französische Regime mit der Person de Gaulles verschwindet. Die einen und die anderen richten danach ihre Taktik. Es wird sich zeigen, ob die PSU nur eine vorübergehende Erscheinung war, bedingt durch den Algerienkrieg und die faschistische Gefahr, oder ob in Frankreich auch für die Dauer Platz für eine dritte Partei ist, zwischen der SFIO und der KPF.